

Kleine Anfrage

der Abgeordneten König (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Innenministeriums

Sogenannte Reichsbürger in Thüringen

Die **Kleine Anfrage 2942** vom 11. März 2013 hat folgenden Wortlaut:

Am ersten Märzwochenende nahmen zwölf Personen an einem Treffen des sogenannten Deutschen Polizei Hilfswerks (DPHW) teil. Die Polizei war rund um das Veranstaltungsobjekt im Einsatz, um Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu unterbinden oder zu verfolgen. Eine Anzeige wurde wegen des Missbrauchs von Berufsbezeichnungen und Abzeichen erstattet, eine wegen des Nichtanmeldens einer öffentlichen Veranstaltung. Das DPHW ist als neue Entwicklung in der Szene der "Reichsbürger" anzusehen.

Im Februar 2013 durchsuchten Polizisten in Sachsen und Brandenburg mehrere Wohnungen und einen Geschäftsraum des DPHW. Oberstaatsanwalt Lorenz Baase von der Dresdner Staatsanwaltschaft erklärte dem MDR am 27. Februar 2013, dass gegen die Gruppe DPHW wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt werde. Er verwies auch auf den Überfall eines sächsischen Gerichtsvollziehers im November 2012. "Ein zweiter Überfall sei auch aus Thüringen bekannt" heißt es im Bericht des MDR Sachsen weiter. Bereits in der Kleinen Anfrage 2469 (vgl. Drucksache 5/4990) erkundigte sich die Fragestellerin bei der Landesregierung zu einem Vorkommnis im Juni 2012 auf einem von "Reichsbürgern" genutzten Anwesen am Rande von Saalfeld. Mittlerweile liegen Hinweise vor, wonach es im Herbst 2012 auf jenem Gelände zu Auseinandersetzungen mit Angehörigen von "Reichsbürger"-Gruppierungen gekommen sein soll. In einem Youtube-Video wird von Überfällen durch mehrere "Reichsbürger" in Kaulsdorf berichtet, Fotos von Verwüstungen werden zur Schau gestellt und eine versuchte Körperverletzung sei angeblich zur Anzeige gebracht worden. Im Vorfeld hätten die "Reichsbürger" die geplante "Zwangsräumung" im August 2012 per eigenem Beschluss in Kaulsdorf bekannt gemacht. Bei der Razzia in Sachsen wurden scharfe Schusswaffen aufgefunden und beschlagnahmt. Auch bei dem Objekt nahe Saalfeld bestätigte die Landesregierung im Juni 2012 den Fund einer Makarov-Pistole. In beiden Fällen hätte eine waffenrechtliche Erlaubnis vorgelegen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele und welche Organisationen, Gruppierungen oder Strukturen werden nach Kenntnissen der Landesregierung derzeit den sogenannten Reichsbürgern zugeordnet, die der Bundesrepublik Deutschland die völkerrechtliche Souveränität absprechen und die Auffassung vertreten, dass sie das "Deutsche Reich" als "Reichsregierung" o. ä. vertreten?
2. In welchen Regionen Thüringens und in welcher Form sind diese "Reichsbürger" nach Kenntnissen der Landesregierung aktiv?
3. Wie viele Personen in Thüringen werden den sogenannten Reichsbürgern zugeordnet und hat die Landesregierung Kenntnisse über eine Mitwirkung von (ehemaligen) Thüringer Polizisten?
4. Welche öffentlichen und nichtöffentlichen Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten der sogenannten Reichsbürger sind der Landesregierung seit 2011 bekannt (bitte einzelne Aufstellung nach Datum, Ort, Charakter der Veranstaltung bzw. Aktivität, Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer)?

5. In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnissen der Landesregierung seit dem Jahr 2003 in Thüringen eigene "Reichsdokumente" jener "Reichsbürger" wie beispielsweise "Reichspersonalausweise", "Reichskennzeichen" oder "Reichsführerscheine" festgestellt?
6. Welche personellen, organisatorischen oder informationellen Überschneidungen der sogenannten Reichsbürger mit Organisationen, Gruppierungen oder Strukturen der extremen Rechten existieren nach Kenntnissen der Landesregierung in Thüringen bzw. bundesweit?
7. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung über das Treffen des sogenannten DPHW hinsichtlich des Veranstalters, des Inhalts der Veranstaltung sowie des Kreises der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 2. März 2013 in Altenburg vor?
8. Welche Informationen besitzt die Landesregierung über Aktivitäten des DPHW in Thüringen, insbesondere im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt?
9. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung zu den in der Vorbemerkung erwähnten Auseinandersetzungen, um eine angebliche "Zwangsentziehung/Zwangsräumung" durch Angehörige der "Reichsbürger" auf dem besagten Grundstück in Kaulsdorf und welche polizeilichen Maßnahmen fanden seit Juli 2012 bei dem Objekt statt?
10. Hat die Landesregierung Kenntnisse, in welcher Art und Weise das Gelände seit Herbst 2012 genutzt wurde bzw. ob Angehörige der rechten Szene oder "Reichsbürger" weiterhin mit dem Objekt in Kaulsdorf in Verbindungen stehen, beispielsweise in Form eines neuen Eigentümers?
11. Ist der Landesregierung bekannt, welchen Vorfall die sächsischen Sicherheitsbehörden, wie in der Vorbemerkung geschildert, als zweiten DPHW-Überfall im Freistaat Thüringen einstufen und um was für einen Sachverhalt in welchem Ort handelt es sich dabei?
12. Wie viele Personen in Thüringen, die den "Reichsbürgern" zugerechnet werden, verfügen über eine Waffenbesitzkarte bzw. über eine Schusswaffe, in wie vielen Fällen seit 2011 wurden in Thüringen bei "Reichsbürgern" Schusswaffen und Munition vorgefunden bzw. sichergestellt (bitte Auflistung nach Waffentyp und Munitionsmenge)?
13. Welche Ermittlungsverfahren gegen "Reichsbürger" in Thüringen wurden seit dem Jahr 2011 nach Kenntnissen der Landesregierung in Thüringen eingeleitet (bitte Auflistung nach Datum, Delikt, Ort und Ausgang)?

Das **Thüringer Innenministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 2. Juli 2013 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Eine einheitliche "Reichsbürgerbewegung" existiert nicht. Vielmehr handelt es sich um eine Reihe verschiedenster Personen bzw. Gruppierungen, die unter Berufung auf das ehemalige Deutsche Reich - mit im Einzelnen unterschiedlichen Begründungen - die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnen. Die Angehörigen der verschiedenen Gruppierungen, aber auch Einzelpersonen, weisen sich teilweise durch Phantasiepapiere wie "Reichsausweise" aus und vergeben Pseudoämter wie "Reichskanzler", "Reichsminister". Andere Gruppierungen treten als Hilfgemeinschaften für angebliche Justizopfer auf. Sie erkennen das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland nicht an und suggerieren den Bürgern, dass sie sich nicht der Gerichtsbarkeit unterwerfen und z. B. keine Steuern zahlen müssten.

Bisher sind in Thüringen u. a. folgende Organisationen/Gruppierungen bzw. Einzelpersonen bekannt geworden, die der "Reichsbürgerbewegung" zugeordnet werden können:

- "Kommissarische Reichsregierung"
- "Exilregierung Deutsches Reich"
- "Regierung Deutsches Reich"
- "Freistaat Preußen"
- "Deutsche Polizei-Hilfswerk" (DPHW)"
- "Initiative VolksSelbstbestimmung-Direkte Demokratie-Thing Gemeinschaft" ("VSDD-TG")

- Einzelpersonen, die sich in "Selbstverwaltung" befinden oder als "Natürliche Person - BGB Paragraph 1" bezeichnen
- "Republik Freies Deutschland"
- "Bürgerbüro Deutschland unter Selbstverwaltung"
- "Gemeinde Chemnitz auf Erden"
- "Bürger des Staates (2.) Deutsches Reich"
- "Selbstverwaltung Deutsches Reich"/"Staatliche Selbstverwaltung auf dem Boden des Deutschen Reichs"/"Staatliche Selbstverwaltung nach UN-Resolution"
- "Amtierende Reichsregierung des Deutschen Reiches"

Aufgrund der Kleinstgruppenstruktur, die ständigen personellen Veränderungen unterliegt, und der Tatsache, dass die "Reichsbürgerbewegung" in sich gespalten ist in eine Vielzahl konkurrierender selbsternannter "Reichsregierungen" (Alleinvertretungsanspruch), ist eine abschließende Aufzählung nicht möglich.

Zu 2.:

Die "Reichsbürger" werden in ganz Thüringen in unterschiedlicher Form aktiv.

Ergänzend zur Antwort in der Frage 1 traten "Reichsbürger" in Thüringen u. a. wiederholt mit dem Versenden sogenannter Proklamationen zur Selbstverwaltung an Behörden in Erscheinung. Darin erklärten sie ihre "Selbstverwaltung" und stellen dar, dass sie die Bundesrepublik Deutschland als Staat nicht anerkennen. In diesem Zusammenhang kam es in einigen Fällen vor, dass "Reichsbürger" ihre Bundespersonalausweise und Führerscheine bei den zuständigen Behörden zurückgeben wollten, da sie sich nicht als Bürger der Bundesrepublik Deutschland verstehen. Ein weiteres Aktionsfeld der "Reichsbürger" ist das Versenden von fiktiven Bußgeldbescheiden an Behördenmitarbeiter, die angeblich ohne staatliche Legitimation tätig geworden seien und damit gegen geltendes Recht verstießen.

Das "DPHW" veranstaltet regelmäßig "Informationsveranstaltungen" für Interessierte, bundesweit wie auch in Thüringen. Derartige Veranstaltungen fanden bisher in Eisenberg, Altenburg und im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt statt. Im letzten Jahr kam es auch zu Übergriffen des "DPHW" auf mehrere Gerichtsvollzieher. Schwerpunktmäßig gab es derartige Vorfälle in Weimar und Sonneberg.

Zu 3.:

Eine genaue Zahlenangabe zum Personenpotenzial ist aufgrund der Zersplitterung und Heterogenität der "Reichsbürgerbewegung" nicht möglich. Die Sicherheitsbehörden ordnen dem Spektrum in Thüringen etwa 90 bis 140 Personen zu.

Erkenntnisse, dass möglicherweise Thüringer Polizeibeamte - auch ehemalige - den "Reichsbürgern" zugeordnet werden können bzw. Kontakte dorthin unterhalten, liegen nicht vor.

Zu 4.:

Der Landesregierung liegen Informationen zu den in der Anlage 1 aufgelisteten Veranstaltungen vor. Zu sonstigen Aktivitäten wird auf die Antwort zur Frage 2 verwiesen.

Zu 5.:

Der Landesregierung liegen hierzu keine statistischen Erhebungen vor.

Zu 6.:

Zu personellen, organisatorischen oder informellen Überschneidungen der so genannten "Reichsbürger" mit Organisationen oder Strukturen der rechtsextremistischen Szene liegen in Thüringen keine Erkenntnisse vor.

Zu 7.:

Am 2. März 2013 fand in Altenburg in den Räumlichkeiten eines ehemaligen Fitnessstudios eine nicht angemeldete öffentliche Vortrags- und Informationsveranstaltung des "DPHW" unter dem Motto "Gewährleistung von Schutz und Sicherheit der Bevölkerung" statt. Bei dem Veranstaltungsleiter handelte es sich um eine bereits als "Reichsbürger" in Erscheinung getretene männliche Person aus dem Altenburger Land. Am Veranstaltungsort konnten 14 Personen festgestellt werden. Die zuständige Ordnungsbehörde wurde hinzugezogen und in ihrem Beisein die Veranstaltung aufgrund des Öffentlichkeitscharakters beendet. Die Teilnehmer aus Thüringen, Sachsen und Brandenburg verließen die Veranstaltung. Das amtliche Pkw-

Kennzeichen eines Teilnehmers war mit der deutschen Reichsflagge beklebt, der Teilnehmer selbst mit uniformähnlicher Bekleidung sowie mit Aufschriften "Deutsche Polizei" festgestellt worden. Das Kennzeichen und die Uniformteile wurden sichergestellt. Es wurden eine Ordnungswidrigkeitsanzeige wegen Nichtanmeldung einer öffentlichen Veranstaltung und eine Strafanzeige wegen Missbrauchs von Titeln aufgenommen.

Zu 8.:

Das "DPHW" ist bislang kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden. Die Gruppierung mit bürgerwehähnlichem Charakter ist seit 2012 bekannt und arbeitet auffällig mit starken Namens- und Erscheinungsähnlichkeiten zur Polizei und suggeriert damit einen Zusammenhang zur Deutschen Polizei bzw. der Deutschen Polizeigewerkschaft. Das "DPHW" distanziert sich nach eigenen Angaben von der "Reichsbewegung" und rechtem Gedankengut, die Argumentation ähnelt aber derjenigen der diversen "Reichsgruppierungen", die die Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland anzweifeln.

Hinsichtlich der Aktivitäten der Gruppierung wird auf die Antworten zu den Fragen 4 und 7 verwiesen. Im Übrigen liegen der Landesregierung folgende ergänzende Informationen vor:

Im Verlauf einer Durchsuchung durch Mitarbeiter des Finanzamtes Sonneberg am 11. Oktober 2012 bei einer als "Reichsbürger" bekannten Person trafen weitere Personen ein, die diesem Spektrum angehören. Als Reaktion auf den verwehrten Zugang zur Wohnung begaben sich im Anschluss an die Durchsuchung sechs Personen, unter ihnen der Durchsuchte, zum Finanzamt Sonneberg und begehrten dort Einlass zwecks einer Aussprache mit dem dortigen Leiter. Den Personen wurde der Einlass verwehrt. Nach Identitätsfeststellungen und Platzverweisen verließen sie das Gelände. Eine der Personen trug einen blauen Overall sowie ein blaues Basecap mit der Aufschrift "Deutsche Polizei", zudem wies sie sich mit einem Ausweis mit der Aufschrift "Deutsches Polizei Hilfswerk" und "Deutsche Polizei" aus. Daraufhin wurde Anzeige wegen Verdachts des Verstoßes gegen §§ 132, 132a Strafgesetzbuch (StGB) erstattet.

Am 29. November 2012 begaben sich sieben Personen nach Weimar, um an der Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung einer sich unter ihnen befindlichen Person in den Amtsräumen einer Gerichtsvollzieherin teilzunehmen. Drei dieser Personen traten mit Phantasieuniformen, die den Polizeiuniformen zum Verwechseln ähnlich waren, in Erscheinung und zwei der anwesenden Personen wiesen sich mit (Phantasie-) Ausweisen "Stab des Deutschen Polizei Hilfswerks" aus. Es wurden Identitätsfeststellungen durchgeführt, Platzverweise erteilt und Uniformen und Ausweispapiere beschlagnahmt. Zudem wurde Anzeige wegen des Verdachts des Verstoßes gegen §§ 132 ff., 240 StGB erstattet.

Der Landespolizeiinspektion Saalfeld lag der Veranstaltungshinweis über eine am 6. April 2013 geplante Veranstaltung des "DPHW" in Reitzengeschwenda (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt) vor. Aufgrund einer Gefährderansprache wurde die Anmelderin informiert, dass die Veranstaltung nicht in den vorgesehenen Räumlichkeiten stattfinden kann. Im Rahmen des geführten Polizeieinsatzes konnten keinerlei Hinweise auf die Durchführung der geplanten Veranstaltung des "DPHW" oder Ersatzveranstaltungen im Raum Saalfeld-Rudolstadt festgestellt werden.

Zu 9.:

In den Monaten Juli und August sowie im Oktober 2012 kam es im Zusammenhang mit dem Grundstück in Kaulsdorf zu wiederholten Polizeieinsätzen wegen Hausfriedensbruchs, da sich Unberechtigte dort aufhielten. Am 29. August 2012 sollte das Objekt beim Amtsgericht Rudolstadt zwangsversteigert werden. Der Eigentümer des Grundstückes ist der "Reichsbürgerbewegung" zuzurechnen. Die Versteigerung wurde kurzfristig durch den Gläubiger abgesagt. Daraufhin betraten bzw. befuhren 22 Personen, welche sich als Mitglieder der "Republik Freies Deutschland" auswiesen, widerrechtlich das zu versteigernde Grundstück. Polizeikräfte führten Identitätsfeststellungen durch und sprachen Platzverweise aus.

Zu 10.:

Das Objekt in Kaulsdorf versuchte damals auch ein bekannter Rechtsextremist zu ersteigern. Darüber hinaus liegen keine weiteren Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Zu 11.:

Hierbei handelt es sich um den in der Antwort zu Frage 8 geschilderten Sachverhalt vom 29. November 2012 in Weimar.

Zu 12.:

Der Landesregierung liegen im Sinne der Fragestellung folgende Erkenntnisse vor:

	Anzahl in Thüringen wohnhafter Personen, die der "Reichsbürgerbewegung" zugeordnet werden	Anzahl der Personen der "Reichsbürger-bewegung", die nicht in Thüringen wohnhaft, aber in Thüringen aktiv sind
Waffenbesitzkarte	5	4
Schusswaffenbesitz	5	3

Darüber hinaus verfügte ein Angehöriger der "Republik Freies Deutschland" seit 1991 über eine Waffenbesitzkarte. Im Zusammenhang mit einer am 4. Juni 2012 durchgeführten Zwangsvollstreckung wurde die Pistole sichergestellt und der Vernichtung zugeführt.

Zu 13.:

Der Landesregierung liegen Erkenntnisse zu den in der Anlage 2 aufgeführten Ermittlungsverfahren vor.

Geibert
Minister

Anlagen^{*)}

^{*)} Hinweis:

Auf den Abdruck der Anlagen wurde verzichtet. Ein Exemplar mit Anlagen erhielten jeweils die Fraktionen und die Landtagsbibliothek. Des Weiteren können sie im Abgeordneteninformationssystem unter der oben genannten Drucksachennummer sowie im Internet unter der Adresse: www.parldok.thueringen.de eingesehen werden.

Anlage 1

zur Antwort auf die Frage 4 der Kleinen Anfrage Nr. 2942 der Abgeordneten König (DIE LINKE) - Sogenannte Reichsbürger in Thüringen -

Datum	Ort	Veranstaltung	Teilnehmer
11./12.02.2011	Mosbach	Arbeitssitzung/ Tagung der „Exilregierung Deutsches Reich“	20-30
15./16.04.2011	Mosbach	Präsidiums- und Arbeitssitzung der „Exilregierung Deutsches Reich“	20-30
07./08.05.2011	Südharz	Arbeitssitzung/ Tagung der „Exilregierung Deutsches Reich“	unbekannt
06.07.2011	Alter Rasthof, Hermsdorfer Kreuz	„Basisseminar I“ der „Exilregierung Deutsches Reich“	ca. 35
19./20.08.2011	Mosbach	Arbeitssitzung mit Bürgerinformation der „Exilregierung Deutsches Reich“	ca. 15
16./17.12.2011	Nähe Sondershausen	Bürgertreffen der „Exilregierung Deutsches Reich“	unbekannt
13./14.01.2012	Mosbach	Arbeitssitzung/ Tagung der „Exilregierung Deutsches Reich“	ca. 20
01.03.2012	Eisenberg	Infoveranstaltung der „Exilregierung Deutsches Reich“	30-50
16./17.03.2012	Mosbach	Bürgertreffen der „Exilregierung Deutsches Reich“	ca. 20
16./17.06.2012	Mosbach	Präsidiumssitzung der „Exilregierung Deutsches Reich“	ca. 15
14.07.2012	Mosbach	Bürgertreffen der „Exilregierung Deutsches Reich“	ca. 30
04.08.2012	Sonneberg	Treffen der „Kommissarischen Reichsregierung“	ca. 20
24.08.2012	Mosbach	Treffen der „Exilregierung	ca. 20

		Deutsches Reich“	
24.08.2012	Sonneberg	Unberechtigter Aufenthalt (Protestaktion) der „VSDD-TG“ in der Stadtverwaltung	unbekannt
29.08.2012	Kaulsdorf	Widerrechtliches Betreten eines Grundstückes durch „Reichsbürger“	22
07.09.2012	Sonneberg	Unberechtigter Aufenthalt (Protestaktion) im Landratsamt durch „Reichsbürger“	20
13.09.2012	Ohrdruf	Veranstaltung des DPHW	ca. 20
15.09.2012	Mosbach	Treffen der „Exilregierung Deutsches Reich“	ca. 15
11.10.2012	Sonneberg	Unberechtigter Aufenthalt (Protestaktion) im Finanzamt durch „Reichsbürger“	ca. 6
13.10.2012	Erfurt	Bürgerversammlung der „Republik Freies Deutschland“	unbekannt
29.11.2012	Weimar	Unberechtigter Aufenthalt (Protestaktion) in Amtsräumen Gerichtsvollzieher	ca. 7
24.11.2012	Mosbach	Treffen der „Exilregierung Deutsches Reich“	ca. 28
09.02.2013	Eisenberg	Infoveranstaltung des DPHW	unbekannt
15./16.02.2013	Mosbach	„Kabinettsitzung“ der „Exilregierung Deutsches Reich“	ca. 15
16.02.2013	Katzberg/ Schalkau	Schulung der VSDD-TG	unbekannt
02.03.2013	Altenburg	Infoveranstaltung des DPHW	ca. 12

Anlage 2

zur Antwort auf die Frage 13 der Kleinen Anfrage Nr. 2942 der Abgeordneten König (DIE LINKE) - Sogenannte Reichsbürger in Thüringen -

Lfd. Nr.	Datum	Delikt	Ort	Ausgang des Verfahrens
01	03.01.2011	Betrug	Gera	Einstellung des Verfahrens § 154 Abs. 1 StPO
02	17.01.2011	Betrug	Gera	Einstellung des Verfahrens § 153 a StPO
03	19.01.2011	Betrug	Neuhof	Einstellung des Verfahrens a) § 170 Abs. 2 StPO b) § 153 StPO
04	29.01.2011	Verstoß Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter	Windischleuba	Einstellung des Verfahrens a) § 154 Abs. 1 StPO b) § 153 StPO
05	19.02.2011	Verleumdung	Gera	Ermittlungen dauern an
06	24.02.2011	Beleidigung	unbekannt	Ermittlungen dauern an
07	01.03.2011	Bedrohung	Gera	Ermittlungen dauern an (Verbindung mit Ziffer 6)
08	01.03.2011	Ausspähen von Daten	Weimar	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
09	18.03.2011 ¹	Fahren ohne Fahrerlaubnis	Gera	Gesamtfreiheitsstrafe 6 Monate; Dauer der Fahrerlaubnissperre 15 Monate Urteil mit Berufung angefochten

¹ wegen Gesamtfreiheitsstrafe (GFS) durchaus naheliegend, dass weitere Tatzeiten zugrunde liegen.

Lfd. Nr.	Datum	Delikt	Ort	Ausgang des Verfahrens
10	18.03.2011	Anordnen oder Zulassen des Fahrens ohne Fahrerlaubnis	Gera	Freispruch
11	30.03.2011	Nötigung	Weimar	Einstellung des Verfahrens § 170 StPO
12	27.04.2011	Nötigung	Weimar	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
13	26.04.2011	Sachbeschädigung	Altenburg	Gesamtgeldstrafe 110 Tagessätze
14	06.05.2011	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	Bad Salzungen	Einstellung des Verfahrens § 154 StPO
15	08.05.2011	Üble Nachrede	Kraftsdorf	Ermittlungen dauern an (Verbindung mit Ziffer 6)
16	12.05.2011	Nötigung	Weimar	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
17	13.05.2011	Beleidigung	Weimar	Geldstrafe 40 Tagessätze
18	19.02.2011	Verleumdung	Gera	Ermittlungen dauern an (Verbindung mit Ziffer 5)
19	31.05.2011	Verstoß Betäubungsmittelgesetz	Seitenroda	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
20	31.05.2011	Verstoß Waffengesetz	Kahla	Einstellung des Verfahrens § 153a StPO
21	31.05.2011	Trunkenheit im Verkehr	Seitenroda	Abgabe als Ordnungswidrigkeit

Lfd. Nr.	Datum	Delikt	Ort	Ausgang des Verfahrens
22	07.06.2011	Urkundenfälschung	Ronneburg	Abgabe als Ordnungswidrigkeit
23	22.06.2011	Verstoß Betäubungsmittelgesetz	Hermsdorf	Einstellung des Verfahrens § 154 StPO
24	04.07.2011	Verstoß gegen Waffengesetz	Niedersachsenwerfen	Einstellung des Verfahrens § 153 StPO
25	13.08.2011	Körperverletzung	Zella-Mehlis	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
26	21.09.2011	Fahren ohne Fahrerlaubnis		Verbindung mit Ziffer 39
27	23.09.2011	Urkundenfälschung	Gera	Einstellung des Verfahrens § 153 StPO
28	02.10.2011	Verstoß Betäubungsmittelgesetz	Nordhausen	Verfahrensweise nach § 31 BtMG
29	12.10.2011	Körperverletzung	Altenburg	Geldstrafe 90 Tagessätze
30	13.10.2011	Körperverletzung	Nordhausen	Verweisung auf den Weg der Privatklage (§ 376 StPO)
31	24.10.2011	Beleidigung	Gera	Einstellung des Verfahrens § 154 StPO
32	09.12.2011	Fahren ohne Fahrerlaubnis	Steinbach-Hallenberg	Geldstrafe 80 Tagessätze, Dauer der Fahrerlaubnissperre 10 Monate
33	14.12.2011	Urkundenfälschung	Gera	Geldstrafe 10 Tagessätze
34	16.12.2011	Urkundenfälschung	Altenburg	Anklage Strafrichter

Lfd. Nr.	Datum	Delikt	Ort	Ausgang des Verfahrens
35	20.12.2011	Vorenthalten und Veruntreuen Arbeitsentgelt	Hildburg- hausen	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
36	01.01.2012	Urkunden- fälschung	Sonneberg	Ermittlungen dauern an
37	11.01.2012	Widerstand gegen Vollstreckungs- beamte	Gera	Antrag auf Erlass eines Strafbefehls
38	12.01.2012	Urkunden- fälschung Fahren ohne Fahr- erlaubnis	Steinbach- Hallenberg	Verbindung mit Ziffer 32
39	19.01.2012	Fahren ohne Fahr- erlaubnis	Jena	Antrag auf Erlass eines Strafbefehls
40	19.01.2012	Widerstand gegen Vollstreckungs- beamte	Jena	Einstellung des Verfahrens § 154 StPO
41	20.02.2012	Fahren ohne Fahr- erlaubnis	Altenburg	Verbindung mit Ziffer 34
42	28.02.2012	Urkunden- fälschung	Ronneburg	Abgabe als Ordnungswidrigkeit
43	24.02.2012	Fahren ohne Fahr- erlaubnis	Altenburg	Verbindung mit Ziffer 34
44	21.03.2012	Verstoß Betäubungs- mittelgesetz	Kahla	Geldstrafe 40 Tagessätze
45	26.03.2012	Widerstand gegen Vollstreckungs- beamte	Weimar	Geldstrafe 80 Tagessätze
46	09.05.2012	Urkunden- fälschung	Ronneburg	Verbindung mit Ziffer 6

Lfd. Nr.	Datum	Delikt	Ort	Ausgang des Verfahrens
47	01.06.2012	Unterschlagung/ Betrug	Steinbach- Hallenberg	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
48	15.06.2012	Urkunden- fälschung	Altenburg	Verbindung mit Ziffer 34
49	21.06.2012	Verstoß Betäubungs- mittelgesetz	Steinbach- Hallenberg	Antrag auf Erlass eines Strafbefehls
50	22.06.2012	Widerstand gegen Vollstreckungs- beamte	Posterstein	Verbindung mit Ziffer 6
51	22.06.2012	Verstoß Betäubungs- mittelgesetz	Groß- pürschütz	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
52	26.06.2012	Üble Nachrede	unbekannt	Ermittlungen dauern an
53	04.07.2012	Beleidigung	Saara	Verbindung mit Ziffer 6
54	11.07.2012	Beleidigung	unbekannt	Geldstrafe 30 Tagessätze
55	21.07.2012	Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole	Langen- leuba	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
56	07.08.2012	Beleidigung und Hausfriedensbruch	Weimar	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
57	07.08.2012	Missbrauch Notrufe	Weimar	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
58	01.01. – 30.08.2012	Verstoß Betäubungs- mittelgesetz	Hermsdorf	a) Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO b) Anklage Strafrichter
59	09.10.2012	Urkunden- fälschung	Sonneberg	Abgabe als Ordnungswidrigkeit

Lfd. Nr.	Datum	Delikt	Ort	Ausgang des Verfahrens
60	11.10.2012	Amtsanmaßung Beleidigung	Sonneberg	Ermittlungen dauern an
61	15.10.2012	Nötigung	Sonneberg	Ermittlungen dauern an
62	17.10.2012	Nötigung	Sonneberg	Ermittlungen dauern an
63	18.10.2012	Gefährliche Körperverletzung	Altenburg	Freiheitsstrafe mit Bewährung 7 Monate
64	20.10.2012	Verstoß gegen Pflichtver- sicherungsgesetz	Nordhausen	Abgabe als Ordnungswidrigkeit
65	06.11.2012	Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte	Sonders- hausen	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
66	06.11.2012	Nötigung	Sonneberg	Ermittlungen dauern an
67	07.11.2012	Urkunden- fälschung	Sonneberg	Abgabe als Ordnungswidrigkeit
68	19.11.2012 26.11.2012	Beleidigung	Weimar	Verbindung mit Ziffer 52
69	29.11.2012	Missbrauch von Titeln, Berufs- bezeichnungen und Abzeichen	Weimar	Ermittlungen dauern an
70	03.12.2012	Widerstand gegen Vollstreckungs- beamte Beleidigung Verstoß Waffen- gesetz	Berlstedt	Ermittlungen dauern an

Lfd. Nr.	Datum	Delikt	Ort	Ausgang des Verfahrens
71	04.12.2012	Urkunden- Fälschung	Gera	Anklage Strafrichter
72	12.12.2012	Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort	Suhl	Abgabe als Ordnungswidrigkeit
73	12.12.2012	Widerstand gegen Vollstreckungs- beamte	Weimar	Verbindung mit Ziffer 70
74	00.00.2012	Beleidigung	Jena	Antrag auf Erlass eines Strafbefehls
75	01.01. – 19.03.2013	Verstoß gegen Pflichtver- sicherungsgesetz	Nordhausen	Abgabe als Ordnungswidrigkeit
76	16.01.2013	Urkunden- fälschung	Gera	Ermittlungen dauern an
77	01.03.2013	Fahren ohne Fahr- erlaubnis	Altenburg	Einstellung des Verfahrens § 170 Abs. 2 StPO
78	19.03.2013	Nötigung im Straßenverkehr	Harztor	Einstellung des Verfahrens § 154 StPO